

Rede zum Haushalt 2014

(Es gilt das gesprochene Wort)

Jörg Lorenz
Vorsitzender der
SPD Fraktion Uedem

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Haushaltsplan einer Gemeinde wird gern mit dem Begriff „Zahlenwerk“ belegt. Für dessen Erstellung ist allen Beteiligten zunächst zu danken, in erster Linie unserem Kämmerer Herrn Billion und seinem Mitarbeiter Herrn Lentz. Der Haushaltsplan ist aber deutlich mehr als das: er stellt zugleich eine Art Zukunftsplan und einen Rechenschaftsbericht darüber dar, was in der Gemeinde passieren soll, was passiert und auch – was nicht passiert ist.

Im Idealfall bildet er außerdem ein Steuerungsinstrument, mit dessen Verabschiedung wir als Gemeinderat der Verwaltung die Richtung vorgeben können. Von diesem Idealbild sind wir – und das räumt selbst der Bürgermeister ein – nach wie vor weit entfernt. Ich komme später darauf zurück.

Werfen wir aber zunächst einen Blick auf die Zahlen:

Die erste wichtige Botschaft des Haushalts 2014: Er ist strukturell nicht mehr ausgeglichen und dies wird sich auch in den Folgejahren voraussichtlich nicht ändern.

Ein Ausgleich ist nur fiktiv möglich, in dem die sogenannte Ausgleichsrücklage in Anspruch genommen wird. Damit sind wir immerhin akut nicht in der Gefahr, in die Haushaltsicherung abzugleiten und damit nicht mehr selber über unsere Geschicke zu entscheiden.

Der Bürgermeister hat sich bei der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes unsere Sorge bereits zu eigen gemacht als er darauf hinwies, dass die Liquiditätslage viel besorgniserregender ist als die Frage des strukturellen Ausgleichs. Mit der heutigen aktualisierten Vorlage wissen wir: Schon im inzwischen begonnenen Haushaltsjahr 2014 wird die Liquidität, die per 31.12.2013 noch mit gut 2,2 Millionen beziffert wurde, auf ein Minus von 1,1 Millionen sinken. Noch bei der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs am 19. Dezember, also vor fast genau zwei Monaten hatte der Bürgermeister noch ein „kleines Plus“ auf dem Konto erwartet, nämlich 89.876 €. Grund für diese dramatische Veränderung sind in erster Linie die Ermächtigungsübertragungen aus dem Ergebnishaushalt 2013.

Wir halten nach wie vor für richtig, mit der Umsetzung der Teilklimakonzepte dafür zu sorgen, dass unsere gemeindlichen Immobilien energetisch saniert und werterhaltend umgebaut werden. Es sind in erster Linie diese Investitionen, die in den kommenden Jahren zu einer Steigerung der Pro-Kopf-Verschuldung von 60 € im Jahr 2011 auf über 450 € in 2016 führen werden. Das ist zwar nicht schön, aber sowohl materiell vernünftig als auch unter Umweltgesichtspunkten richtig.

Sorgen machen dagegen die stetig steigenden Ausgaben im Sozialhaushalt: Unter anderem mehr Bedarfsgemeinschaften und höhere Asylbewerberzahlen schlagen

auf der Ausgabenseite zu Buche. Dem steht zwar die im Bund beschlossene schrittweise Übernahme der Grundsicherung gegenüber, aber es stimmt schon: Der Bund lässt die Gemeinden bei den Sozialausgaben nach wie vor im Regen stehen. Und angesichts unserer zuletzt so starken Gewerbesteuereinnahmen sinken halt auch die Landeszuweisungen, obwohl das Land NRW mehr Geld als je zuvor an die Kommunen ausschütten. In diesem Zusammenhang: Wir sind sicher, dass Land und Bund sicherstellen werden, dass die Kosten der Schulsozialarbeit auch künftig nicht auf die Gemeinden abgewälzt, sondern von Bund oder Land übernommen werden. Daran wird derzeit gearbeitet.

Trotz der schwierigen Finanzlage halten wir es - als Signal an die Gewerbetreibenden - für richtig, trotz des höheren fiktiven Hebesatzes auf eine Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer zu verzichten.

Bedenklich ist dagegen die Entscheidung, trotz des negativen Finanzierungssaldos aus der Investitionstätigkeit auf eine Darlehnsaufnahme zu verzichten und auch die stattdessen geplante Kreditaufnahme nicht bei den Einzahlungen auszuweisen. Einfach und für Laien verständlich gesagt heißt das: „Wir haben zwar eigentlich zu wenig Geld für unseren Haushaltsplan, aber es wird schon gutgehen.“ Dies widerspricht der gesetzlich geforderten Klarheit und Wahrheit im Haushalt. Dabei ist uns durchaus klar, auf welchen Erfahrungen diese Entscheidung beruht. Der Jahresabschluss weist nämlich Jahr für Jahr deutlich abweichende Zahlen gegenüber dem Plan aus. 2013 zum Beispiel sollte planmäßig ein Überschuss von gut 50.000 € erzielt werden, stattdessen wurde es ein Fehlbetrag von fast 150.000 €.

Der Bürgermeister sprach gleichwohl bei der Haushaltseinbringung davon, dass das Haushaltsjahr überwiegend planmäßig verlaufen sei. Eine Einschätzung, die die SPD-Fraktion nicht teilt und ich will mit einigen Beispielen aufzeigen, warum:

Mit der Vorlage 70/2013 stellt die Verwaltung eine Kostenüberschreitung von 48.000 € bei der Sanierung des Bürgerhauses dar. Neben unabweislich notwendigen Mehrausgaben unter anderem für die Sanierung der Hausentwässerung werden allein 4.500 € für Parkettarbeiten auf der Bühne und 2.500 € für ein neues Redepult ausgewiesen – Der Rat ist nicht nur vorher nicht gefragt worden, ob er dem zustimmt, sondern nicht einmal vorher über diese Ausgaben, informiert worden. Und dies, obwohl der Etat bereits überschritten war.

Mit der Tischvorlage 11/2014 informiert uns der Bürgermeister über erhebliche Mehrausgaben bei der Pflastersanierung Mühlenstraße. – Auch hier gibt es erhebliche Anteile, die zwar zu bedauern, aber jedenfalls unabwendbar sind. Aber: Trotz einer durch diesen Rat beschlossenen Deckelung der Kosten für eine Absenkung der Borde wurde allein diese Position um rund 12.000 € überschritten weil die Verwaltung – und damit der Bürgermeister – entschieden hat, diese Absenkung nicht nur auf dem im Rat besprochenen Teilstück, sondern noch weiter durchführen zu lassen. Außerdem hat der Bürgermeister entschieden, dass auch die Baumbeete vor der katholischen Kirche mit Granulat und Lavasteinen ausgestattet

werden. In seiner oben genannten Vorlage gibt er interessanterweise an, diese Mehrkosten ja bereits angekündigt zu haben, wie einem Sitzungsprotokoll zu entnehmen sei. Also frei nach dem Motto: Regen Sie sich nicht auf, ich hatte ihnen das doch schon angekündigt. Wir haben dann einfach mal nachgesehen im Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses am 1.7.2013. Zitat: **„Er (der Bürgermeister) erklärt, dass die Verwaltung jedoch beabsichtige, sofern finanzielle Mittel in Höhe von rund 9.000 € (1.000 € je Baumscheibe) beim Ausbau der Mühlenstraße übrig bleiben, auch eine neue Einfassung dieser Baumstandorte vorzunehmen.“** Zitat Ende. Nun ist aber nicht etwa Geld übrig geblieben, sondern es sind Mehrkosten in Höhe von fast 50.000 € entstanden. Trotzdem ist die Maßnahme durchgeführt worden und die vom Rat beschlossene Deckelung – also Begrenzung der Kosten auf eine Höchstsumme – wurde nicht eingehalten.

Ich komme nochmals auf die Freizeitstätte Hohe Mühle zurück. Am 18.7.2013 hat der Rat nach entsprechenden Beratungen in den Ausschüssen beschlossen. Ich zitiere aus dem Protokoll: „Die Gesamtkosten betragen rund 570.000 Euro einschließlich Planungskosten (ohne Baugrunduntersuchungen).“ Wir hatten über diese Deckelung eben schon gesprochen. Der Bürgermeister setzt sich jetzt in der Vorlage 11/2014 auf mehr als einer Seite damit auseinander, dass weitere 35.000 € für weitreichenden Lärmschutz unabdingbar seien. Wir wollen ihm da gar nicht widersprechen. Wenn die Untersuchungen ergeben, dass dies notwendig ist, dann muss man es auch machen. Aber wir lesen in der Vorlage nicht ein Wort dazu, ob bzw. ggf. wie diese Mehrausgabe im Rahmen des beschlossenen Budgets realisierbar wäre. Er beantragt auch nicht, das Budget entsprechend aufzustocken sondern tut so, als gäbe es dieses Problem gar nicht.

Das führt uns unweigerlich zu der Frage: Was sind Ratsbeschlüsse eigentlich wert? Warum machen wir uns das Leben schwer, diskutieren und beraten in den Fraktionen und Ausschüssen und suchen nach den bestmöglichen Entscheidungen, wenn sie anschließend vom Bürgermeister missachtet werden?

Dabei sprechen wir dem Bürgermeister ja nicht den guten Willen ab und auch nicht Fleiß und Einsatzfreude. Aber er ist weder in der Lage, konzeptionell und zielorientiert zu arbeiten, noch beherrscht er die grundlegenden Fähigkeiten der Personalführung. Es ist immer wieder das immer gleiche Problem: Der Bürgermeister will alles selber machen, vertraut seinen Mitarbeitern nicht und verzettelt sich auf so vielen Baustellen, dass letztlich nur ein ausgesprochen unzulängliches Ergebnis heraus kommt. Das ist nicht nur schlecht für unsere Gemeinde, sondern sorgt auch für Unzufriedenheit und Frustration bei den Beschäftigten im Rathaus.

Ich könnte viele Beispiele nennen, wo wichtige Themen in den Fraktionen nicht beraten werden konnten, weil Verwaltungsvorlagen nicht fristgerecht zur Verfügung standen. Ich könnte nochmals darüber reden, wie lange die Verwaltung gebraucht hat, seinerzeit den neuen Internetauftritt online zu stellen, der lange fertig auf des Bürgermeisters Schreibtisch lag. Oder wie lange wir schon auf die Vorlage für eine Ehrenordnung der Gemeinde warten. Das sind aber vergleichsweise alles

Kleinigkeiten. Wirklich deutlich wird das Problem, über das ich hier rede, an einem Zitat aus des Bürgermeisters Rede zur Haushaltseinbringung. **„Wir müssen weiterhin alle Möglichkeiten auf Optimierungspotenzial und Einsparpotenzial hin prüfen. Diese Aufgabe setzt in 2014 einen Schwerpunkt in der Arbeitsgruppe Gemeindefinanzen, die leider in 2013 aus Gründen der Arbeitsüberlastung nicht einberufen worden ist.“** Zitat Ende. Das bedarf keines weiteren Kommentars. Es möge sich jeder selbst ein Bild davon machen, welche Prioritäten hier gesetzt werden. Ich will ihnen aber ein besonders schönes Beispiel, womit Arbeitszeit des Bürgermeisters und seiner Mitarbeiter stattdessen vergeudet wird, nicht vorenthalten. Die Verwaltung besorgt den Versand der Niederschriften, die vom Seniorenbeirat durch Vorsitzenden und Schriftführerin unterschrieben, gefertigt werden und durch die Verwaltung eigentlich nur verschickt werden müssten. Aber es wird nicht einfach nur verschickt: Der Niederschrift vom 17.9.2013 ist ein ganzseitiges Schreiben beigelegt, in der die Verwaltung bei zwei Tagesordnungspunkten der Niederschrift widerspricht und die Position des Bürgermeisters verdeutlicht.

Herr Bürgermeister, sie erinnern in ihrem Handeln an einen Holzfäller, der mit einer offensichtlich stumpfen Axt versucht, einen Baum zu fällen. Und auf den guten Rat hin, er möge doch erst mal die Axt schleifen, atemlos erklärt, dazu habe er keine Zeit, denn er müsse ja den Baum fällen.

Leider scheitern regelmäßig die Versuche, planvolles, zielorientiertes Wirken der Verwaltung zu initiieren. Konzepte werden eben nicht geschrieben, sondern finden sich angeblich im Kopf des Bürgermeisters. Wir haben das schöne Beispiel unseres heutigen Antrages zu einem Tourismuskonzept. Der Bürgermeister erklärt zwar in der Vorlage 11/2014 unter anderem, dass eigentlich mehr Geld benötigt würde (Zitat aus der Vorlage: „....**dass für Messeauftritte eigentlich ein höherer Finanzmitteleinsatz nötig wäre**“) bestreitet aber gleichzeitig die Notwendigkeit eines schriftlichen Konzeptes. Wie, Herr Bürgermeister, soll denn dieser Rat entscheiden können, ob er tatsächlich höhere Finanzmittel für diesen Zweck bereitstellen sollte, wenn Sie uns kein Konzept vorlegen, aus dem dieser Bedarf ersichtlich ist? Mit dem heutigen Beschluss werden wir da aber hoffentlich Abhilfe schaffen.

Ich hatte bereits zu Beginn angekündigt, das alte Thema Steuerung des Haushalts durch Ziele und Kennzahlen anzusprechen. Der Bürgermeister bittet ja jedes Mal um Geduld und Nachsicht, weil das ja alles so schwierig sei und in anderen Kommunen ja auch noch nicht so richtig laufe. Darum will ich es auch nicht bei Kritik bewenden lassen, sondern zwei konkrete Vorschläge machen:

Bei der Produktgruppe 802 – Lehrschwimmhalle steht als operatives Ziel: Größtmögliche Auslastung der Halle durch Schwimmangebote für Kinder, Jugendliche und Senioren. Gleichzeitig gehen aber bei den Kennzahlen von einer stetig sinkenden Auslastung aus. Schon merkwürdig und jedenfalls als Steuerungsinstrument untauglich. Lassen Sie uns doch als Ziel formulieren: Kein

Grundschulkind verlässt die Schule, ohne schwimmen zu können. Dann wird deutlich, worum es wirklich geht und die Verwaltung kann entsprechende Überlegungen anstellen.

Oder nehmen wir das Produkt 13.01 Öffentliches Grün, wo Ziele und Kennzahlen bisher fehlen. Wie leicht wäre es hier, die Größe und Ausstattung der vorhandenen Spielplätze zu beschreiben und zum Beispiel eine bestimmte Relation Kinder zu Spielplatzangebot festzulegen, die erreicht werden soll. Das würde uns erlauben festzustellen, ob der Bedarf gedeckt ist und ob wir zu wenige oder womöglich sogar zu viele Spielplätze haben.

Sie mögen an diesen Beispielen erkennen, dass es durchaus möglich ist, Ziele und Zahlen zu formulieren und damit zu ergebnisorientiertem, planvollen Handeln zu kommen. Man muss es nur wollen und natürlich können.

Darüber hinaus werden wir uns übrigens nach unserer Einschätzung auch mit den vom Rat verabschiedeten strategischen Zielen demnächst noch einmal befassen müssen. Im ersten dieser Ziele heißt es nämlich „gutes Bildungsangebot“ – davon sind wir leider spätestens dann weit entfernt, wenn die Verbundschule ausläuft. Lassen Sie uns gemeinsam darüber beraten, welche Konsequenzen darauf zu ziehen sind.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hat sich sehr intensiv mit dem Haushaltsplanentwurf 2014 beschäftigt und mit den eben beratenen und verabschiedeten Anträgen konstruktiv daran gearbeitet. Wir können feststellen, dass unsere Anträge ernsthaft beraten und mit positiven Ergebnissen hier behandelt worden sind:

Wir haben Klarheit über die weitere Verwendung der Schulgebäude und Sporthallen, wir haben eine Entscheidungsfindung in Sachen Rathouserweiterung auf den Weg gebracht

wir werden uns mit der Entwicklung unserer Gemeinde auch in Sachen Tourismus befassen.

Wir haben hinsichtlich der Freizeitstätte Hohe Mühle eine Lösung gefunden, die so hoffentlich den Interessen aller Generationen entspricht

Und nicht zuletzt hat unser Antrag eine Mehrheit gefunden, die Zuschüsse für Jugendfahrten und –lager auf 1,50 € pro Person und Tag zu erhöhen.

Diese Erfolge haben letztlich zu unserer Entscheidung geführt:

Wir hätten sehr gern einem besseren Haushaltsplan als dem vorliegenden zugestimmt. Wir haben aber nur diesen einen auf dem Tisch liegen. Darum stimmt die SPD-Fraktion -nicht ohne Zweifel - aber letztlich eben doch diesem Haushaltsplanentwurf zu.